

Unabhängige rheinland-pfälzische Initiative
EINE Schule für ALLE – länger gemeinsam lernen e.V.



Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete der Regierungsfractionen SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP im Bildungsausschuss des rheinland-pfälzischen Landtags,

sicher ist Ihnen der Brief des AfD-Fraktionsvorsitzenden Frisch vom 19.10.2021 an Schulleitungen von Förderschulen bekannt, in dem er nicht nur einen „Angriff der GEW auf unsere Förderschulen“ als „inakzeptabel“ verurteilt und sich vehement für deren Erhalt ausspricht, sondern auch auf einen AfD-Antrag an den Bildungsausschuss des Landtags verweist, der uns ebenfalls vorliegt.

In diesem Antrag verlangt die AfD Auskunft von der Landesregierung zu gleich mehreren Fragen. Vor allem will sie wissen, wie die Landesregierung die WZB-Studie bewertet, wo genau im Text der UN-BRK die Abschaffung des Förderschulsystems gefordert werde und welche Position die Landesregierung zu den Förderschulen einnimmt und ob sie deren dauerhaften Fortbestand garantiere.

Anlass für die vermeintliche Sorge der AfD um die Förderschulen ist eine gemeinsame Pressekonferenz von GEW, GGG, der Initiative EINE Schule für ALLE - länger gemeinsam lernen e.V., der LAG Gemeinsam leben Gemeinsam lernen und der Landesschüler*innenvertretung vom 08.10.2021, bei der Dr. Michael Wrase, einer der vier Autoren der Studie des WZB, das wissenschaftliche Ergebnis seines Bundesländervergleichs zur Umsetzung der UN-BRK vorstellte und dabei besonderes Augenmerk auf den inakzeptablen Umgang unseres Bundeslandes mit den Vorgaben des Art. 24 der UN-BRK legte.

Das Medienecho zu den Studienergebnissen selbst und den Statements und Forderungen der beteiligten fünf Verbände war - gemessen an den zur Verfügung gestellten Informationen - sehr verhalten. Umso mehr erstaunte das abendliche Statement der Ministerin in SWR aktuell, die dort erklärte, dass RLP den eingeschlagenen und von ihr als erfolgreich bezeichneten Weg über Schwerpunktschulen, Elternwahlrecht und Beratung durch die Förder- und Beratungszentren (FBZ) weiter ausbauen und intensiviert weiterverfolgen werde; dies erschien gerade so, als hätte sie das vernichtende Gutachten bereits abgehakt.

Nun also hat die offensichtlich uninformierte AfD – sonst würde sie solche Fragen nicht stellen - das Thema für sich entdeckt und bemerkt, dass sie hier vielleicht die Regierungsfractionen in eine neue Falle locken könnte.

Wir befürchten, dass in dieser Sitzung des Bildungsausschusses die beflissen förderschulbefürwortende AfD die vermeintlich günstige Situation ausnutzen will, um den Ausschuss zu einer leichtfertigen Fortbestandserklärung des Förder- und Schwerpunktschulsystems zu drängen.

Dagegen müssen wir dringend Einspruch erheben und wenden uns deshalb an Sie als Mitglieder der Regierungskoalition.

Die Studie muss ernstgenommen werden! So kurz nach ihrer Veröffentlichung darf die Landesregierung sich nicht über deren Ergebnisse hinwegsetzen und – nur weil die AfD eine Chance wittert, Landesregierung und Koalitionsfraktionen vorzuführen – ohne gründliche Prüfung der Studie vorschnell ein "Weiter so!" ausrufen. Wir fordern Sie auf, sich Zeit für die Prüfung der Studie zu nehmen, um der ernsthaften Erörterung und Auseinandersetzung mit den Ergebnissen dieser für die rheinland-pfälzische Bildungspolitik unerfreulichen, aber höchst seriösen WZB-Studie gerecht zu werden. Dazu empfehlen wir nachdrücklich, Dr. Wrase einzuladen und mit ihm die Ergebnisse sowie die Empfehlungen des WZB unvoreingenommen zu diskutieren.

Sollen die ungelösten Fragen der Inklusion auf der Basis der UN-Behindertenrechtskonvention verantwortungsvoll beantwortet werden, kann der Antrag der AfD nur zurückgewiesen werden. Damit verschafft sich der Bildungsausschuss die notwendige Zeit, die für eine gewissenhafte Prüfung der Studienergebnisse benötigt wird. Und vielleicht – diese Hoffnung geben wir nicht auf – kommt es dann doch noch zu den notwendigen Korrekturen, um unser immer noch höchst selektives Schulwesen gemäß der Forderung des Schulgesetzes zu einem inklusiven Bildungssystem weiterzuentwickeln.

Hüffelsheim, den 26.10.2021

Für die unabhängige rheinland-pfälzische Initiative
„EINE Schule für ALLE – länger gemeinsam lernen e.V.“

Hans Ganß, Vorsitzender

Kirchenstraße 17
55595 Hüffelsheim
Tel. 0671 2983435